

Informationsblätter

Demonstrieren– und was dann?

Vorbereitung auf einen möglichen Wahlsieg rechtsextremer Parteien

Der Bericht des Recherchenetzwerks correctiv über ein Treffen Rechtsextremer im November vergangenen Jahres, auf dem diese die Massendeportation von Menschen mit internationaler Familiengeschichte diskutierten, brachte das Fass vorläufig zum Überlaufen. Seitdem gehen jedes Wochenende viele tausend (bei einigen Protesten waren es über 100.000) Menschen auf die Straße. Aber eines ist auch schon deutlich: Der AfD schaden die Proteste nicht wirklich, ihre Umfragezahlen sind nur wenig gesunken. Es wird inzwischen die Frage gestellt: Was passiert eigentlich, falls diese Partei, die in einigen Bundesländern vom Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextremistisch“ eingestuft wird, Regierungsverantwortung übernimmt? In einem Landkreis, einem Bundesland, oder irgendwann vielleicht sogar im Bund? In Brandenburg, Sachsen und Thüringen, wo dieses Jahr gewählt wird, liegt die AfD in den Umfragen bei bis zu 35 % und hat gute Chancen, damit zur stärksten Partei zu werden.¹ Ob sie dann wirklich eine Regierung bilden kann, hängt an den demokratischen Parteien: Wenn sie sich zusammentun, dann könnten sie eine Regierungsübernahme verhindern. Alle Umfragen zeigen, dass in jedem Bundesland Regierungen gegen die AfD gebildet werden können. Aber sind sie dazu bereit, angesichts der tiefen Gräben zwischen den Parteien, die derzeit im Bund die „Ampel“ bilden und der Opposition? Oder würde eine oder mehrere von ihnen eine AfD-Minderheitsregierung tolerieren, wie es sich in den Niederlanden abzeichnet?

Wähler*innen ansprechen

Gibt es noch Möglichkeiten, solche Wahlsiege zu verhindern? Wie kann ein Dialog mit den potenziellen oder entschiedenen Wähler*innen und Anhänger*innen der AfD angegangen werden?

Darüber haben sich viele Menschen und Organisationen Gedanken gemacht. Im Netz finden sich gute Ratschläge, was solche Gespräche angeht. Dabei geht es auch um den privaten Raum, denn das ist der Raum, wo sich unterschiedliche politische Orientierungen am ehesten begegnen. Vorschläge können zum Beispiel hier nachgelesen werden:

Amadeu-Antonio-Stiftung: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/rechtsextremismus-rechtspopulismus/was-kannst-du-tun-rechtsextremismus/>

Demokratie leben: <https://www.demokratie-leben.de/magazin/magazin-details/praktische-tipps-fuer-das-engagement-gegen-rechtsextremismus-211>

Bei solchen Dialogen ist in unseren Augen wichtig, die Menschen von den eingenommenen Meinungen zu unterscheiden. Also nicht: „Kein Platz für Nazis“, sondern: „Kein Platz für rechtsextremistische Positionen“.

Welche demokratisch zweifelhaften Vorhaben könnte eine AfD-Landesregierung verfolgen?

Es gibt bislang noch keine Wahlprogramme für die Landtagswahlen dieses Jahr, aber aus vergangenen Landtagswahlen, dem Bundesprogramm und Veranstaltungen der AfD kann man ein Bild davon bekommen, wo es hingehen könnte. (Ausgeklammert sind hier Absichtserklärungen, die die Bundes- oder Europapolitik betreffen, etwa die Aufhebung der Sanktionen gegen Russland, die Wiedereinführung der Wehrpflicht, NATO-Politik oder eine radikale Beschränkung der Kompetenzen der EU bis hin zu einem möglichen EU-Austritt.)² Ein paar Punkte führen wir hier auf:

¹ <https://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/>

² Siehe <https://www.afd.de/grundsatzprogramm/>

- Besetzung von **Spitzenposten in Behörden** mit den eigenen Leuten (das ist allerdings bei allen Regierungswechseln Usus und kein Alleinstellungsmerkmal der AfD). So sprach Höcke z.B. von einer Absetzung des Leiters des Thüringer Verfassungsschutzes.³
- **Maßnahmen gegen Geflüchtete:** „Wir wollen Asylverfahren bei gefälschten oder nicht vorhandenen Personaldokumenten als unzulässig ablehnen, eine Altersfeststellung bei unbegleiteten Minderjährigen Flüchtlingen (UMA) einführen, das Sachleistungsprinzip und die Residenzpflicht für Asylbewerber und Geduldete durchsetzen, die Zahl der Abschiebehaftplätze erhöhen und Abschiebungen konsequent umsetzen“.⁴ Ähnliche Ankündigungen finden sich in allen Publikationen der AfD. (Leider passiert ein Teil davon auch heute schon.)
- Den **Verfassungsschutz beschränken:** Er soll lt. Höcke nur noch gegen Wirtschaftskriminalität arbeiten und nicht mehr für den Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung vor „gewaltorientierten Bestrebungen“. (vgl. FN 3)
- **Maßnahmen gegen die Religionsfreiheit** (Kopftuch- und Burkaverbote, Versagen der Erlaubnis für Moscheebauten), die sich ausschließlich gegen den Islam zu richten scheinen.⁵
- **Aufhebung von Maßnahmen für den Klima- und Umweltschutz:** „Wir wollen die Zuständigkeit für die heimische Landwirtschaft wieder in nationale Hände legen, Zielquoten für den Ökolandbau sowie den Anbau gentechnisch veränderter Nutzpflanzen verhindern, ... und den Wolf unter das Jagdgesetz stellen. Gegen den Willen der Bürger in den betroffenen Kommunen darf es in Sachsen keine weiteren Windkraftanlagen bzw. keinen weiteren Ausbau bestehender Windkraftanlagen geben. ... Für uns ist die Abkehr von der „Großen Transformation“ (Klimaschutzplan 2050), die Abschaffung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) und die Rückkehr zu einer Energiepolitik, die eine stabile, preiswerte und sichere Stromversorgung gewährleistet, das Fundament unseres Handelns. Wir wollen den Verbrennungsmotor ebenso weiter nutzen wie den einheimischen Primärenergieträger Braunkohle.“⁶
- **Einschränkung der Pressevielfalt durch Aufkündigung des Rundfunkstaatsvertrags;** stattdessen staatliche Finanzierung des Rundfunks.⁷
- **Streichen der Finanzen für zivilgesellschaftliche Initiativen,** insbesondere sämtliche Fördermittel für Demokratie, Vielfalt und den Kampf gegen Rechtsextremismus, wie Höcke ankündigte.⁸
- Außerdem ist eine Zunahme der Übergriffe gegen Menschen mit einem migrantischen Hintergrund, LGBTQI+, Obdachlose usw. zu befürchten. Werden die für die öffentliche Sicherheit Zuständigen das konsequent verhindern?⁹ Sorge macht, dass es auch in der Polizei viele Beamt*innen mit rechtsextremistischer Orientierung gibt.¹⁰ (

Vorbereitung auf eine Regierungsübernahme: Lernen aus Erfahrungen in anderen Ländern

Es ist sinnvoll, sich schon jetzt darüber Gedanken zu machen, was Zivilgesellschaft, Parteien und Institutionen tun können, falls es zu einer Regierungsübernahme kommt. Solche Überlegungen können evtl. auch eine präventive Wirkung entfalten, denn sie zeigen den AfD-Führenden auf, wo sie an Grenzen stoßen werden. Die derzeitigen Demonstrationen geben ihnen hoffentlich schon einen Vorgeschmack.

In etlichen Ländern mit einer ausgeprägten demokratischen Geschichte haben rechts- (oder links-)populistische Parteien Wahlen gewonnen und Regierungen übernommen. Wir klammern hier Militärdiktaturen oder andere nichtdemokratische Systeme aus. Die Studien über erfolgreichen zivilen Widerstand haben sich i.d.R. ausschließlich mit solchen eindeutigen Diktaturen befasst, wo die Möglichkeiten einer Einflussnahme durch politische Opposition wie Zivilgesellschaft wesentlich eingeschränkter sind als in Staaten, die noch über funktionierende demokratische und rechtsstaatliche Institutionen verfügen. Hierbei zeigen sich einige recht typische Verläufe und mutmachende Beispiele:

³ <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/hoেকে-fuenf-punkte-plan-afd-100.html>

⁴ <https://afdsachsen.de/regierungsprogramm/> von 2019.

⁵ In allen AfD-Programmen mit leichten Variationen nachzulesen. Allerdings gibt es auch Vorwürfe des Antisemitismus gegen die AfD, die sich besonders auf die Verwendung antisemitischer Codes und die Ablehnung von Gedenkkultur beziehen, siehe <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/antisemitismus-und-die-afd-99509/>

⁶ <https://afdsachsen.de/regierungsprogramm/> von 2019.

⁷ <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/hoেকে-fuenf-punkte-plan-afd-100.html>

⁸ Ebda. Ob das praktisch umsetzbar ist, ist zweifelhaft, siehe Fußnote 3.

⁹ Siehe <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/rassismus/todesopfer-rechter-gewalt/> und <https://www.tagesschau.de/investigativ/kontraste/gera-afd-thueringen-100.html>

¹⁰ Siehe z.B. <https://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2023/10/berlin-extremismus-polizei-100-strafverfahren-eingeleitet-bearbeitet.html>

- Das **Oberste Gericht des Landes erklärt Maßnahmen für verfassungswidrig**. Ein bekanntes Beispiel ist der Konflikt um die Justizreform der Regierung Netanjahu in Israel. Das Gesetz sah vor, dass sich das Parlament über Entscheidungen des Gerichts hinwegsetzen und die Regierung künftig eine Mehrheit in der Kommission haben sollte, die die Richter auswählt. Nach monatelangen Massenprotesten, die erst mit dem Angriff der Hamas im Oktober ausgesetzt wurden, aber denen die Regierung nicht nachgab, führte eine Entscheidung des Obersten Gerichts zur teilweisen Rücknahme des Gesetzes.¹¹
- **Maßnahmen werden rückgängig gemacht aufgrund von politischem Druck durch die Europäische Union oder Urteile internationaler Gerichte**: Ein Beispiel ist Polen in der Zeit der Regierung der PiS-Partei: Die Regierung hat 2018 eine Justizreform beschlossen, die u.A. eine Neuausrichtung der beim Obersten Gericht angesiedelten Disziplinarkammer vorsah. Deren Mitglieder sollten vom polnischen Präsidenten berufen werden. Inhalt eines Urteils und auch die Vorlage eines Verfahrens an den EuGH sollten Gründe für ein Disziplinarverfahren gegen die beteiligten Richter sein können. Der Europäische Gerichtshof rügte dies als rechtsstaatswidrig und verhängte gegen Polen ein Zwangsgeld von einer Million Euro täglich. Polen schuf daraufhin die umstrittene Disziplinarkammer für Richter wieder ab.¹² Andere Elemente der Justizreform blieben allerdings bis zu den Neuwahlen unverändert.
- **Protest entzündet sich an bestimmten Vorhaben und wird zu allgemeinem Protest gegen die Regierung, die schließlich zu ihrer Abwahl führen**. Das war u.a. ebenfalls in Polen zu beobachten, als – inmitten der Corona-Pandemie – zehntausende Frauen öffentlich auf den Straßen gegen die Verschärfung des Abtreibungsrechts protestierten und, wie schon 2016 einmal, in einen Generalstreik traten.¹³ Letztendlich waren es in Polen verschiedene Themen, die 2023 zur Abwahl der PiS-Partei führten.
Ähnlich in der Slowakei 2018 nach dem Mord an dem Investigativjournalisten Ján Kuciak und seiner Partnerin Martina Kušnírová, die Korruption und kriminelle Netzwerke in Regierungskreisen aufgedeckt hatten. Die Empörung der Öffentlichkeit führte dazu, dass die Regierung unter Fico abgewählt wurde.¹⁴ (Allerdings gewann Fico 2023 die nächsten Wahlen und ist zum dritten Male jetzt Regierungschef).
In Brasilien war es vor allem die Empörung über Präsident Bolsonaros Coronamaßnahmen, die ihm die Popularität kosteten.¹⁵
- Die **Regierung nimmt Vorhaben zurück oder modifiziert sie aufgrund von Massenprotesten**. Dass Regierungen Maßnahmen zurücknehmen aufgrund öffentlichen Protests ist kein Alleinstellungsmerkmal populistischer Regierungen. Man denke an den Verzicht Niedersachsens auf den Bau einer Wiederaufbereitungsanlage für nukleare Brennstoffe 1979¹⁶, die der damaligen Ministerpräsident Albrecht als „politisch nicht durchsetzbar“ bezeichnete. In jüngster Zeit zeigten die Proteste der Landwirt*innen gegen die Bundesregierung ebenfalls Wirkung und führten zur Teilrücknahme der beschlossenen Kürzungen. Indien hat 2022 eine geplante Abschaffung von Mindestpreisen für landwirtschaftliche Produkte zurückgenommen, nachdem ein Jahr lang Bauern massenhaft protestiert und zivilen Ungehorsam geleistet haben. Die Bauernproteste wiederum knüpften an Proteste der beiden Jahre davor an, als es um die Frage der Staatsbürgerschaft von Muslim*innen in Indien ging.
- **Anordnungen der Regierung werden nicht umgesetzt**: Ein gutes Beispiel sind die Sanctuary Cities in den USA: Präsident Trump wollte illegale Einwander*innen – geschätzt leben mehr als elf Millionen ohne gültige Papiere in den USA – in ihre Herkunftsländer deportieren. Aber viele Städte und das Bundesland Kalifornien waren nicht bereit, diese Anweisung umzusetzen. Sie hielten Eingewanderte nicht fest, erfragten den Aufenthaltsstatus von Personen nicht und gewährten ihnen weiter Zugang zu Schulen und Gesundheitsdiensten.¹⁷
Aber die große Frage bleibt: Wie kann man gegen eine schleichende Verletzung von Menschenrechten vorgehen? Wo ist der Punkt, wo eine augenscheinlich legale Weisung einer Regierung

¹¹ <https://www.deutschlandfunk.de/israel-justizreform-netanyahu-100.html>

¹² <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/polen-eugh-urteil-rechtsstaatlichkeit-justizreform-100.html>

¹³ <https://www.sueddeutsche.de/politik/polen-abtreibungsverbot-proteste-1.5095577>

¹⁴ <https://balkaninsight.com/2020/03/02/slovakia-wakes-up-to-a-new-era-without-fico/>

¹⁵ <https://taz.de/Demonstration-in-Brasilien!/5805205/>

¹⁶ <https://www.rnd.de/politik/gorleben-debatte-aus-uberrascht-niedersachsen-nicht-eine-chronik-PTTHER63WF2ZWO3TZNYGPJ3GA4.html>

¹⁷ <https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-04/abschiebungen-donald-trump-staedte-demokraten-einwanderung>

oder eines*r Vorgesetzten in einer Behörde nicht befolgt werden sollte? Das ist eine Frage, die auch für die Soziale Verteidigung von Bedeutung ist.

Was die Situation in Deutschland im Jahr 2024 betrifft, so gibt es noch eine Reihe weiterer Überlegungen, was gegen die eingangs genannten möglichen Maßnahmen einer AfD-Landesregierung unternommen werden könnte.¹⁸ Dazu gehören:

- Absprachen der bürgerlichen, demokratischen Parteien treffen, um zu verhindern, dass die AfD an einer Regierung beteiligt wird oder gar eine funktionsfähige (Minderheiten-)Regierung bilden kann.
- Alternative Finanzierung für zivilgesellschaftliche Projekte zur Förderung der Demokratie finden – entweder dadurch, dass öffentliche Stellen anderer Länder, der Bund oder private Stiftungen einspringen oder dadurch, dass von zivilgesellschaftlicher Seite Spenden gesammelt werden.
- Überlegen, welche Maßnahmen ergriffen werden können, falls die AfD die öffentlich-rechtlichen Medien unter ihre Kontrolle bringen und unliebsamen Journalist*innen kündigen wollen. (Auch wenn das nicht so einfach ist, wie die AfD es sich vorstellt.)
- Schutz von vulnerablen, bedrohten Gruppen (das wird schon jetzt gebraucht!): Nachbarschaften organisieren sich – nach Absprache mit den Betroffenen! -, um Wohnungen, Geschäfte, Geflüchtetenunterkünfte zu beschützen, falls Angriffe rechter Mobs oder Anschläge drohen.
- Zivilcourage-Trainings in Vereinen und am Arbeitsplatz organisieren und an einem solchen Training mit Freund*innen und Kolleg*innen teilnehmen.
- Kommunen setzen sich für die Geflüchteten in ihrer Kommune ein, unterstützen sie, laden sie zu Sportvereinen usw. ein, organisieren Sprachunterricht usw., bis hin zu Kirchenasyl. (Auch das wird schon jetzt gebraucht!)
- Beispiele von Kommunen bekannt machen, die Geflüchtete erfolgreich integriert haben. Auch das Mindener Modell der dezentralen Unterbringung von Geflüchteten (statt in Wohnheimen) ist ein positives Beispiel.
- Vorbereitung in Behörden – zum Beispiel Polizei oder Verfassungsschutz – auf Versuche, sich illegal Informationsmaterial anzueignen oder zu vernichten. Das geschah in Österreich 2018, als der damalige Innenminister der FPÖ (und heutige Kanzlerkandidat) Herbert Kickl eine Durchsuchung des Verfassungsschutzamtes veranlasste und dabei u.a. Informationen über rechtsextreme Aktivist*innen verschwanden.¹⁹
- Öffentlich deutlich machen (durch Plakate z.B.), was wir verlieren würden, wenn keine Menschen mit migrantischem Hintergrund mehr bei uns leben würden.
- Aufklärung über die Folgen von Umweltzerstörung und Klimawandel. Ist es nicht ein Widerspruch, wenn Menschen, für die der Begriff der Heimat so wichtig ist, nichts gegen deren Zerstörung durch Fluten, Waldbrände und Artensterben unternehmen wollen?

Wir müssen darüber nachdenken: Wie kann man gegen Menschenrechtsverletzungen vorgehen, die per Gesetz von einer Mehrheit gegen eine Minderheit begangen werden? Das ist eine Frage, die auch für die Soziale Verteidigung von Bedeutung ist.



Dieses Plakat, das von der Bundeszentrale für politische Bildung, dem FC Bayern München und der Adam Opel AG herausgegeben wurde, hängt seit ca. 15 Jahren im Büro des BSV.

Autorin: Christine Schweitzer, 2/2024

¹⁸ Ein Teil dieser Vorschläge entstammen einem Online-Treffen mit dem Titel „Demonstrieren- und was dann?“ am 7.2.24, an dem neben Vertreter*innen des BSV auch Aktive der Kampagne „Wehrhaft ohne Waffen“ und des IFGK teilgenommen haben.

¹⁹ Siehe <https://www.zdf.de/comedy/zdf-magazin-royale/zdf-magazin-royale-vom-16-februar-2024-106.html>